Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Deutschnationalste Tageszeitung Riesa. Fernruf Nr. 20.

Amtsblatt

Postscheckkonto: Leipzig 21208. Girokasse Riesa Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

№ 168. Donnerstag, 24. Juli 1919, abends. 72. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postschalter vierteljährlich 4.50 Mark, monatlich 1.50 Mark. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 40 Pf., Ortspreis 35 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 20 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.** Verantwortlich für Redaktion: F. Teichgräber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Höchstpreise für Frühgemüse.

Die Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 10. Juli 1919 über Höchstpreise für Frühgemüse (Nr. 156 der Sächs. Staatszeitung vom 12. Juli) wird in Absatz 1 dahin abgeändert, daß für nachstehende Gemüsearten folgende Höchstpreise gelten:

	Erzeuger-höchstpreis:	Großhandels-höchstpreis:	Kleinhandels-höchstpreis:
3. rote Möhren und Karotten aller Art einschl. der kleinen runden Karotten			
a) mit Kraut	10	14 (15)	19 (20) Pf. je Pfd.
b) ohne Kraut	17	23 (25)	31 (33) „ „ „
4. Frühkohlrabi mit jungem Laub	12	18 (19)	25 (26) „ „ „
5. Frühweißkohl	14	20 (21)	28 (29) „ „ „
6. Frühwirsingkohl	16	23 (24)	31 (32) „ „ „

Die Preise treten **mit sofortiger Wirkung** in Kraft, doch dürfen die **gegenwärtig** geltenden Kleinhandelshöchstpreise für die vorgenannten Gemüse noch bis spätestens zum 26. d. M. gefordert werden, sofern es sich um solche Waren handelt, die noch aus Lieferungen unter der Herrschaft der bis jetzt in Geltung befindlichen Erzeuger- und Großhandelshöchstpreise stammen. Die Kommunalverbände haben darüber zu wachen, daß diese höheren Preise nicht auch für solche Waren gefordert werden, die zu den neuen Erzeuger- und Großhandelshöchstpreisen an den Kleinhandel geliefert sind.

Dresden, am 23. Juli 1919.

Wirtschafts-Ministerium.
Landeslebensmittelamt.

2171 VG2
8061

Verbot des Betretens von Privatgrundstücken und nichtöffentlichen Wegen.

Um eine wirksamere Durchführung des Flur- und Forstschutzes zu ermöglichen, wird nach Gehör des Bezirksausschusses hiermit das unbefugte Betreten aller Privatgrundstücke und nichtöffentlichen Wege innerhalb des Bezirks der Amtshauptmannschaft Großenhain für die Zeit von 7 Uhr abends bis 7 Uhr vormittags und von 12—2 Uhr mittags verboten.

Als unbefugt gilt alles Betreten, das nicht durch **dringende** Geschäfte gerechtfertigt erscheint. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 M., an deren Stelle im Uneinbringlichkeitsfalle Haft bis zu 14 Tagen zu treten hat, bestraft.

Großenhain, am 23. Juli 1919.

1753 bE. **Die Amtshauptmannschaft.**

Ausgabe der Fleisch-, Fleischkontroll- und Landesfettkarten, sowie der Kartoffel- und Fleischersatzmarken.

Freitag, den 25. Juli 1919, vormittags 8—12 Uhr findet in den bekannten Ausgabestellen die Ausgabe der **Fleisch- und Fleischkontrollkarten auf die Zeit vom 4. bis 31. August 1919, der Landesfettkarten auf die Zeit vom 28. Juli 1919 bis 25. Januar 1920, sowie der Kartoffel- und der Fleischersatzmarken** gegen Vorlegung der Brotausweiskarte statt.

Es erhält jede Person, mit Ausnahme der Fleisch- oder Butter- oder Kartoffelselbstversorger, je eine von den zur Ausgabe gelangenden Karten.

Für Kinder bis zum 6. Lebensjahre bei Fleisch-, Fleischkontroll- und Fleischersatzmarken und für Kinder bis zum 4. Lebensjahre bei Kartoffelersatzmarken werden besondere mit einem „K" gezeichnete Kinderkarten ausgegeben.

Die Kartoffel- und Fleischersatzmarken sind noch am selben Tage bei einem Kleinhändler zur Belieferung anzumelden.

Gleichzeitig werden die Kleinhändler noch auf die Bekanntmachung des Kommunalverbandes Großenhain vom 17. Juli 1919 — abgedruckt in Nr. 173 des Riesaer Tageblattes vom 18. Juli 1919 — besonders hingewiesen.

Der Rat der Stadt Riesa, am 23. Juli 1919. Ham.

Ausländer und Staatenlose, welche in **Weida** wohnen und sich bis heute noch nicht gemeldet haben, werden auf Grund der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 1. Juli 1919 aufgefordert, ihre **Anmeldung innerhalb drei Tagen** im Gemeindeamte unter Vorlegung der nötigen Ausweispapiere zu bewirken.

Gegen jede Pflichtversäumnis tritt Strafverfolgung ein.

Weida, am 24. Juli 1919. **Der Gemeindevorstand.**

Nationalversammlung.

Die mit Rücksicht auf den Geschäftsplan der Nationalversammlung immer wieder hinausgeschobenen Regierungserklärungen konnten nun endlich gestern vonstatten gehen. Die Reihen der Abgeordneten waren fast vollständig besetzt. Der außerordentliche starke Besuch der Tribünen und das vollzählige Erscheinen der Minister und Regierungsvertreter wiesen auf einen Tag von großer politischer Bedeutung hin. Ministerpräsident Bauer trug seine programmatische Erklärung mit großer Sachlichkeit und Ruhe vor. Die beifällige Begrüßung, welche er schon bei seinem Erscheinen fand, steigerte sich während der Rede zu wiederholten Beifallskundgebungen des Hauses, die auch durch das Zischen auf der äußersten Rechten nicht abgeschwächt werden konnten. An diese Ausführungen schloß sich die Rede des Außenministers Müller an, die ebenfalls weit über eine Stunde dauerte und mit großer Aufmerksamkeit angehört wurde. Hier unterstrich das Haus mit einmütiger Zustimmung seine Bemerkungen über die Schwere der uns auferlegten Friedensbedingungen und zollte ihm anhaltenden Beifall, als er die Hoffnung aussprach, daß es bald zu einer Revision dieses Friedensvertrages kommen würde. Unter anhaltenden Bravorufen ging das Haus auseinander. In die Debatte über die Regierungserklärungen wird erst heute Donnerstag eingetreten werden.

*

Sitzungsbericht.

Am Regierungstische Bauer, Müller, Noske, Erzberger, Schmidt, Schlicke. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 Min. Auf der Tagesordnung steht als einziger Gegenstand die

Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Ministerpräsident Bauer:

Nach der Ratifizierung des Friedensvertrages lasse ich die Vergangenheit bei Seite. Denn nun gilt es, nach Vorwärts zu sehen. Es gilt den Wiederaufbau. Der Ausbau des neuen Staatshauses wird in diesen Tagen durch die Annahme der neuen Verfassung gekrönt. Ich verzichte darauf, die demokratischen Errungenschaften der letzten 8 Monate aufzuzählen. Kein anderes Volk kann sich solch reiner Demokratie rühmen. Wenn es noch da und dort fehlt, so ist es nicht ein Fehlen von Rechten des Volkes, sondern vielmehr ein Fehlen von Fähigkeiten, diese Rechte in vollem Umfange auszuüben. Was die wilden Streiks betrifft, so haben alle Berufe empört die Behauptung zurückgerufen, als handele es sich bei ihnen um politische Kämpfe. Die Regierung leugnet keineswegs, daß die breiten Volksmassen Grund zur Unzufriedenheit haben. Aber die Aufgabe der Regierung ist es nicht, vor jedem leichtfertig vom Zaune gebrochenen Streik zu kapitulieren. Sie muß die berechtigten Gründe zur Unzufriedenheit beseitigen und die Volksgenossen aufklären. Die Machtverhältnisse im Wirtschaftsleben haben sich am gründlichsten geändert, Entwertung des Kapitals, Steigerung der Löhne. Das auf diese Weise umgestaltete Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer muß seinen Ausdruck auch in den öffentlichen Einrichtungen finden. Darum wird die Regierung ihnen ein Gesetz über die Arbeiterräte und Wirtschaftsräte vorlegen. Die Regierung hat sich entschlossen, an den Abbau der Rechte der Kriegswirtschaft zu gehen. Die Kriegsgesellschaften sind aus der Not der Blockade geboren. Die Aufhebung der Blockade muß auch ihr Ende herbeiführen. Es muß eine Senkung der Preise herbeigeführt und die Sozialpolitik nach Kräften weiter ausgebaut werden. Die Grundlage alles Gedeihens, die unerläßlich ist, bleibt aber die Arbeit. Wir haben den Friedensvertrag unter Zwang unterschrieben, aber in den Grenzen der Erfüllbarkeit darf uns keine Schuld und kein Vorwurf treffen. Der Vertrag legt uns die Pflicht zur Arbeit auf. Wir bekämpfen entschieden den Schrei nach Rache, der seit Unterzeichnung des Vertrages aus einer kleinen Gruppe dringt. Es wäre ein Unglück, wenn durch die konservative Irrlehre von der guten alten Zeit wiederum national und nationalistisch verwechselt würde. Wir brauchen die Arbeit und verabscheuen die Revanche. Deshalb ist das Erfordernis ehrlicher Dienst am Gedanken des Völkerbundes. Wir sind einig im Glauben an die Unbesiegbarkeit der Demokratie, die nicht nur die Gleichheit zwischen den Volksgenossen, sondern auch Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit zwischen den Völkern, den Völkerbund schaffen muß.

Hierauf ergreift das Wort der

Reichsminister des Auswärtigen Müller:

Als das Staatswesen, das das freieste Wahlrecht der Welt eingeführt hat, das am weitesten die Frauen als berechtigte Staatsbürgerinnen am öffentlichen Leben beteiligt, das die Forderungen der international organisierten Arbeiterklasse zu seinem Programm erhoben hat, treten wir in die neue Zeit ein. Durch den härtesten Frieden gefesselt, der seit Einführung der christlichen Zeitrechnung je einem Volke auferlegt wurde, müssen wir dennoch versuchen, auf den freiheitlichen Bahnen vorwärts zu schreiten. Die Welt soll sich davon überzeugen, daß der Verlust von zwei Millionen Toten in dem deutschen Volke die Ueberzeugung gefestigt hat, daß Streitigkeiten unter den Völkern nicht mehr mit Pulver und Blei ausgefochten werden dürfen. Als Ergebnis des Krieges ist für uns festzustellen, daß das deutsche Schwert in Zukunft als Hilfsmittel diplomatischer Kunst nicht mehr zählt. Es ist uns eine so gründliche Abrüstung auferlegt, daß es zweifelhaft ist, ob sie selbst im Interesse der Nachbarn liegt. Aber diese Abrüstung ist zunächst nur uns und unseren früheren Verbündeten diktiert. Zu einem Segen für die ganze Welt wird sie erst werden, wenn sie allen Völkern gemeinsam auferlegt ist. Die Erreichung dieses letzten Zieles zu fördern, muß unsere Aufgabe sein. Wir müssen allen militaristischen Gedankengängen entsagen. Die letzten Kriegsjahre hatten die militaristischen Auffassungen in den breiten Massen unseres Volkes völlig unterhöhlt. Nur deshalb konnte die Revolution so unblutig siegen und sich so rasch über ein großes Reich ausbreiten, wie noch niemals in der Geschichte. Den Geist des Rechtes zu pflegen, sind wir aber auch den Millionen Deutschen schuldig, die infolge dieses Krieges unter fremde Herrschaft kamen. Wir müssen die Welt von unserem unerschütterlichen Friedenswillen überzeugen, damit die Politik der Koalitionen, die in letzter Linie zu diesem Weltkriege geführt hat, in absehbarer Zeit begraben wird. In Versailles wurde bereits eine neue Koalition gegründet. Die französische Regierung sieht die militärische Neutralisierung der rheinischen Grenzgebiete als genügenden Schutz nicht an. Das Mißtrauen gegen die deutsche Politik ist so groß, wie das Vertrauen auf die Kraft des deutschen Volkes. Gegen die unselige Politik der Allianzen kämpfen wir am besten, indem wir uns an keiner beteiligen und so den Boden für einen wirklichen Bund der Völker vorbereiten. Das Zeitalter der Diplomatie soll abgeschlossen sein. Unsere tatsächliche Bereitschaft zum Eintritt in einen Völkerbund erklären wir dadurch, daß wir bereit sind, mit allen Völkern in Frieden zu leben. Einen Völkerbund ohne das deutsche und das russische Volk ist kein Völkerbund. Die Einsicht nach dem wahren Völkerbund ist heute schon bei Anhängern des Völkerbundes vorhanden, die sie vor kurzem noch an hervorragender Stelle den Krieg gegen uns führten. Das beweist uns die in Deutschland so wenig beachtete Erklärung, die General Smuts in Versailles nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages der Oeffentlichkeit abgab. Wir lassen keinen Zweifel darüber, daß es uns mit dem Willen der Erfüllung der Vertragsverpflichtungen bis zur Grenze unserer Fähigkeiten ernst ist, aber auch darüber nicht, daß wir mit allen loyalen Mitteln die Revision dieses Vertrages erstreben werden und zwar nicht nur im Interesse des deutschen Volkes, sondern auch im Interesse seiner Nachbarn. Auch mit dieser Auffassung stehen wir nicht allein, wie die angezogene Erklärung des Generals Smuts beweist und ich möchte dieser Erklärung hinzufügen, daß unter dem Einfluß einer neuen internationalen Atmosphäre gerechte Beurteiler der europäischen Kolonialpolitik zugestehen werden, daß es höchste Ungerechtigkeit war, dem deutschen Volke die Möglichkeit kolonialer Betätigung zu rauben, mit der ausgegebenen Begründung, daß das deutsche Verlangen auf dem Gebiete der kolonialen Zivilisation deutlich klar gestellt worden sei, ebenso wie sich das Vorgehen gegen die Auslandsdeutschen und ihr Eigentum in den ruhigeren Zeiten einer geeinigten Atmosphäre durch nichts rechtfertigen lassen wird. Die belgische Regierung hat nicht vergessen, daß Belgien ein Opfer des deutschen Einmarsches wurde. Die Verletzung der belgischen Neutralität hat uns die Sympathie der ganzen Welt geraubt. Wenn wir jetzt daran gehen, durch werktätige Opfer Wiedergutmachung zu üben, so wird damit auch der Weg zur Verständigung mit dem belgischen Nachbarvolke allmählig geebnet werden. Die verwüsteten Fluren Nordfrankreichs gewähren ein entsetzliches Bild. Kein Volk hat verhältnismäßig soviel Tote verloren und so viel Opfer bringen müssen, wie das französische Volk. Zeigen wir, daß wir bereit sind, mit allen Kräften am Wiederaufbau in den verwüsteten Gegenden mitzuwirken. Ich appelliere an die deutschen Arbeiter, Techniker und Architekten, sich bereit zu halten, aus den trostlosen Ruinen jener Gegenden wieder blühendes Leben erstehen zu lassen. Ich nehme dabei an, daß uns die unbedingt notwendigen Rohstoffe geliefert werden, und daß unsere Kohlen- und Eisenindustrie nicht durch unzweckmäßige Auflagen in ihrer Entfaltung gehemmt werden. Ich erwarte, daß die Arbeit, die wir auf französischem Boden zu leisten haben, dazu beitragen wird, die beiderseitigen Beziehungen auf einen anderen Fuß zu bringen. In dem Falle Manheim gelingt es der eingeleiteten Untersuchung hoffentlich, den Täter festzustellen, damit dieses Verbrechen seine gebührende Sühne findet. Die französischen Soldaten, die sich in Berlin aufhalten, haben Anspruch auf Schutz. Der gesamte anständige Teil der Berliner Bevölkerung bedauert die Vorfälle aufrichtig. Nun aber wird verlangt, daß eine Stadt, die weit abliegt vom besetzten Gebiete, nach Unterzeichnung des Friedens eine Buße zahlen soll für einen Vorfall, den ihre Bevölkerung ebenfalls so scharf verurteilt, wie irgend ein Franzose. Dazu fehlt im Kriegsrecht jede Parallele. Von dem Geiste der Versöhnung ist überhaupt noch wenig zu spüren. Lloyd George hat bei der Vorlegung des Versailles-Vertrages im Unterhaus gesagt, der Friedensvertrag bezwecke, an Deutschland ein Exempel zu statuieren. Das scheint in der Tat so zu sein. Aber das bestätigt, daß der Vertrag ein Bruch des Novemberabkommens ist, wie überhaupt der Friedensvertrag die Lansingsche Note zu einem Fetzen Papier gemacht hat. Was soll es heißen, wenn Lloyd George von Deutschland die Einsicht verlangt, daß die deutsche Politik der letzten 150 Jahre ein bitterer Fehler gewesen sei. In den letzten 150 Jahren hat die englische Politik mehr an der Seite der preußischen gestanden, als an der irgend eines anderen Volkes. Dem eroberungslustigen Preußen kann übrigens ein Engländer keinen Vorwurf machen, der die Veränderung in der Weltkarte beobachtet, die seit 150 Jahren zu Gunsten Englands vollzogen wurde. Lloyd George soll auch an seine eigene Rede vom 29. 6. 08 denken, in der er ausrief: „Wir halten eine überwältigende Uebermacht zur See, trotzdem fingen wir an, Dreadnoughts zu bauen. Sehen Sie die Ungerechtigkeit, des Zweimächtestaates, sehen Sie Deutschland an. Für Deutschland bedeutet die Armee dasselbe, wie für England seine Flotte, den einzigen Schutz gegen feindliche Invasion. Trotzdem befolgt Deutschland keinen Zweimächtemaßstab, obwohl es zwischen zwei Militärmächten liegt, die seiner Armee eine weitüberlegene Truppenzahl gegenüber stellen." Das ist heute alles vergessen. Wie sich die Ostfragen gestalten werden, ist noch nicht zu übersehen. Der Brester Frieden ist annuliert. Für die deutsche Regierung muß